

C. 7 Den Nazis am 13. und 14. Februar 2009 entgegentreten!

Beschluss des 2. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen vom 11. Oktober 2008

1. DIE LINKE Sachsen steht für eine konsequente antifaschistische Politik. Ihr Ziele sind die Zurückdrängung des Einflusses der Nazis in der Gesellschaft und die Ausprägung und Stärkung eines antifaschistischen Grundkonsenses in Sachsen. Sie unterstützt landesweit antifaschistische Aktivitäten, setzt sich vor Ort für Freiräume für antifaschistische Jugendarbeit ein und wirkt an lokalen, regionalen und landesweiten antifaschistischen Bündnissen mit.
2. In diesem Sinne beteiligt sich DIE LINKE Sachsen organisatorisch, personell und finanziell an den Protesten und Aktionen gegen die Naziaktivitäten am 13. und 14.2.2009, insbesondere an der Vorbereitung und Durchführung der bundesweiten Demonstrationen, Kundgebungen und friedlichen Blockaden gegen den Aufmarsch der deutschen und europäischen Rechten am 14.2.2009 in Dresden. DIE LINKE unterstützt gemeinsam mit Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren alternative Gedenkveranstaltungen zum 13. Februar, die ohne die Beteiligung der Neonazis stattfinden und die sich gegen den Missbrauch des 13. Februars durch Neonazis sowie gegen Geschichtsrevisionismus richten.
3. DIE LINKE Sachsen bringt sich durch eigene Öffentlichkeitsarbeit und landesweite Infoveranstaltungen, durch die Teilnahme an den Mobilisierungsaktivitäten sowie durch die Organisation von Bussen und Bahn-Fahrgemeinschaften nach Dresden in die Vorbereitung ein.
4. Der Parteitag bittet den Stadtverband Dresden und die weiteren Kreisverbände der LINKEN. Sachsen, die Gegendemonstration am 14.2. zu unterstützen und Maßnahmen zur Information und Mobilisierung der Parteimitglieder durchzuführen.
5. Der Parteitag bittet die Linksjugend solid Sachsen und die SDS-Gruppen, sich an lokalen Mobilisierungsbündnissen zu beteiligen bzw. ggf. solche ins Leben zu rufen, sowie die eigenen Medien zur umfassenden Information und Mobilisierung zu nutzen.
6. Die Abgeordneten der Landtagsfraktion sowie der sächsischen Landesgruppe der Bundestagsfraktion werden zur Teilnahme an den Aktionen aufgefordert und gebeten, durch Nachfragen, Vermittlung und andere Formen des Agierens Demonstrant/innen und Kundgebungsteilnehmer/innen vor unverhältnismäßigen polizeilichen Handlungen zu schützen.

Begründung:

Am 13. und 14. Februar findet jährlich in Zusammenhang mit dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg eine bundes- und europaweite Mobilisierung von Alt- und Neonazis statt. Jährlicher Höhepunkt der Nazi-Veranstaltungen ist die Demonstration durch die Dresdner Innenstadt, wobei ihre Strecke oft unmittelbar an der Synagoge vorbei führte. Inzwischen hat sich der Naziaufmarsch zur größten Veranstaltung dieser Art in Europa entwickelt. Führende Neonazi-Kader beteiligen sich

regelmäßig an der Gedenkveranstaltung auf dem Heidefriedhof und nutzen sie für ihre geschichtsrevisionistische Gleichsetzung des Bombenkrieges mit dem Holocaust. In diesem Jahr wollen die Nazis den Jahrestag mit ihren Veranstaltungen nutzen, um im Wahljahr 2009 Werbung für ihre menschenfeindliche Ideologie zu machen. Dies stellt alle antifaschistischen Kräfte vor die Aufgabe, die eigenen Proteste gegen den Geschichtsrevisionismus auszuweiten, nach wirkungsvolleren Protestformen zu suchen und diese zu organisieren sowie alternative Gedenkformen zu praktizieren.

Mehrere Bündnisse (unter Beteiligung der Gewerkschaften und mehrerer Landtagsparteien) mobilisieren bundesweit, um den Nazis am 13. und 14.2.2009 entgegenzutreten. Ziel ist es, den Naziaufmarsch mit einer zivilgesellschaftlichen Blockade und weiteren Aktionen öffentlichkeitswirksam zu stoppen und Dresden, insbesondere die Dresdner Synagoge, vor dem Nazi-Mob abzuschirmen. Dresden darf nicht länger Aufmarschgebiet für Neonazis sein!

f.d.R.
Rico Gebhardt
Landesgeschäftsführer

11. Oktober 2008, Markneukirchen